

Podium einseitig besetzt!

Die Veranstaltung über die Personenfreizügigkeit am 14. Januar 2009 in Münchenstein (Baselland) war wieder ein Beispiel mehr, von einseitiger Behördenpropaganda. Nebst Bundesrätin Widmer-Schlumpf referierten der Basler Regierungsrat Ralph Lewin, sowie Reg. Rat Peter Zwick von Baselland.

Die Zeit für anschliessende Fragen aus dem Publikum war - wie fast immer - viel zu kurz bemessen. Bei rund 400 Leuten reichte es gerade mal für 4 Fragen.

Darunter konnte der Schreibende folgende Frage stellen:

"Was tut die Schweiz, um sich in Zukunft nicht dem Europ. Gerichtshof unterstellen zu müssen, wenn es um die vollständige Abschaffung unserer flankierenden Massnahmen geht? Das Beispiel aus Deutschland, wo ein Unternehmer vor dem Europ. Gerichtshof Recht bekam und einen polnischen Arbeitnehmer weiterhin zu einem, in Deutschland zu tiefen Lohn beschäftigen darf, muss doch zu denken geben." Daraufhin erfolgte ein gewisses Raunen im Publikum, was erahnen liess, dass diese wichtige Frage bis anhin arg vernachlässigt wurde. Die Antwort von BR Widmer-Schlumpf war indes ernüchternd: "Die Schweiz habe die Zusicherung der EU für die flankierenden Massnahmen gegen Lohndruck und zudem seien 150 Kontrolleure beschäftigt." Kommentar des Schreibenden: Solange die Schweiz einen EU - Botschafter in Bern duldet, der öffentlich dazu aufruft, einen EU-Rahmenvertrag zu unterzeichnen, welcher dem Europ. Gerichtshof praktisch uneingeschränkte Macht gibt, wenn es um Uneinigheiten zwischen der Schweiz und der EU geht, zeigt sie doch wie "offen" und verletzlich, sie selbst gegen derartige Angriffsversuche von aussen ist(...) Auf diese Gefahr hin, sind unsere flankierenden Massnahmen auf längere Sicht keineswegs gesichert!

Marcus Stoercklé jun. , BASEL